

Land gibt 100 000 Euro weniger als erwartet

GROSSBUNDENBACH: Für größeren Kindergarten

VON ANDREAS DANNER

Die Erweiterung der Kindertagesstätte Bundenbach in Großbundenbach kommt einfach nicht in die Gänge. Jetzt überraschte das Land die Verantwortlichen mit einer zusammengestrichenen Förderung. Statt erwarteter 150 000 Euro gibt es vom Land nur 52 500 Euro. Wie es jetzt weitergeht, bespricht der Gemeinderat heute ab 17 Uhr. Wegen der Hygiene- und Abstandsregeln zur Bekämpfung der Corona-Pandemie tagt der Rat auf dem Dorfplatz vor dem Kindergarten.

„Das Land beruft sich auf die Betriebs-erlaubnis aus dem Jahr 2008, damals war die Höchstzahl von 45 Plätzen erlaubt“, erklärte Bürgermeister Dieter Glahn. Derzeit besuchen 38 Kinder die Bundenbacher Tagesstätte. Das Landesjugendamt argumentiert in seinem Förderbescheid, dass mit der Erweiterung auf 45 Plätze keine zusätzlichen und unbefristeten Plätze geschaffen werden, die über den Höchststand von 2008 hinaus gehen. Die ursprüngliche Planung der Gemeinde sah vor, dass der Kindergarten um eine Gruppe erweitert wird, dadurch würden 15 Plätze neu entstehen. Nach der bisherigen Praxis fördert das Land jeden neu geschaffenen Kindergartenplatz mit 10 000 Euro. Deshalb hatte die Gemeinde mit einem Zuschuss von 150 000 Euro gerechnet.

Rund 400 000 Euro soll die Erweiterung kosten. Ein Anbau am Kindergarten soll aufgestockt werden, das Obergeschoss wird umgebaut. In der Kalku-

lation waren Zuschüsse von Land und Kreis in Höhe von 250 000 Euro vorgesehen. Die restlichen Kosten teilen sich die Gemeinden Groß- und Kleinbundenbach, wobei Kleinbundenbach beschlossen hatte, sich höchstens mit 125 000 Euro zu beteiligen.

Das Land fördert jetzt die Wiederherstellung der Höchstzahl aus dem Jahr 2008 mit 7500 Euro je Platz, bei sieben Plätzen sind das 52 500 Euro. Es schließt eine Förderung von Investitionskosten aber aus. „Der Gemeinderat muss jetzt entscheiden, wie es weitergeht“, sagt Glahn. Zunächst steht eine Entscheidung darüber aus, ob am geplanten Umbau trotz der um 97 500 Euro reduzierten Zuschüsse festgehalten werden soll. Hält der Rat an den Umbauplänen fest, müsste er darüber entscheiden, ob er Widerspruch gegen den Förderbescheid des Landes einlegt.

Weil in naher Zukunft sieben weitere Kinder Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben, muss die Betriebs-erlaubnis entsprechend angepasst werden. Künftig sollen, wie schon 2008, 45 Kinder betreut werden können. Die derzeitige Betriebserlaubnis aus dem November 2017 weist 32 Plätze aus, fünf weitere Plätze sind bis 30. August genehmigt. „Mit der Aufstockung auf 45 Plätze sind wir für ein Jahr sicher“, sagt Glahn. Die 45 Kinder könnten im bestehenden Gebäude betreut werden, wenn man kleinere Umbauarbeiten vornimmt. Auch damit befasst sich der Rat. Spricht er sich dafür aus, sollen möglichst schnell die Kosten dafür ermittelt und beim Kreis ein Zuschuss beantragt werden.